

Franz J. Felten

## **Einführung zu „Preußen und Bayern am Rhein“ mit Annotationen zu Geschichte und Beziehungsgeschichten an Rhein, Mosel und Saar.<sup>1</sup>**

„Preußen und Bayern am Rhein“ – der Titel verweist nicht zufällig auf unsere Reihe von 2007 „Frankreich am Rhein“ (s. Vorwort). Sprach Michael Kißener (Mainz) damals zu dem Thema: „Wie Völker hassen lernen. Deutsche und Franzosen im 19. Jahrhundert“, so wählte er dieses Mal für den wieder bis in die Politik des 20. Jahrhunderts hinein führenden Eröffnungsvortrag den Titel: „Hasslieben am Rhein. Vergleichende Beobachtungen zur bayerischen und preußischen Präsenz am Rhein im 19. und 20. Jahrhundert.“ Hier wie dort wecken die Namen der politischen Gebilde (Akteure) durchaus unterschiedliche Erinnerungen bei den Linksrheinern,

- 1 Die Erweiterung des Titels und der persönlich-anekdotesch getönte Einstieg sollen andeuten, dass das Thema den Hg., selbst nicht mit einem Vortrag in der Reihe vertreten, reizte, einige Aspekte dieser Beziehungsgeschichten, die ja in den letzten Jahren in der Wissenschaft zunehmend Beachtung finden, vertiefend zu behandeln, da er aufgrund eigener Biographie (an der saarländisch-deutschen Grenze aufgewachsen und in aufgewühlter Zeit zu politischem Bewusstsein gekommen) ein besonderes Interesse an den Ereignissen und Mentalitäten, aus seit langem gewachsenen methodisch-fachlichem Interesse auch an der Nutzung von Geschichte als Argument so sehr interessiert ist, dass er der Versuchung nicht widerstehen konnte, über die bloße Vorstellung der Vorträge hinauszugehen, zumal manche Abläufe, wie zahlreiche Gespräche zeigten, einer breiteren Öffentlichkeit und teils auch im Fach nicht allgemein bekannt sind, sie es aber verdienen, in einer Publikation, die ein breites Publikum ansprechen will, dargestellt zu werden. Der in der Reihe übliche Verzicht auf regelrechte Fußnoten mit ausführlichen Belegen und der Möglichkeit differenzierender Argumentation fiel hier besonders schwer. Einen schwachen Ersatz mögen die Belege im Fließtext und die Liste ausgewählter Literatur bieten, die freilich nicht annähernd die vorhandene, nicht einmal die konsultierte Literatur abbildet. Auf eine Auflistung von Internetseiten wurde verzichtet, da sie z.T. nach kurzer Zeit nicht mehr erreichbar sind. Etlichen Fachkollegen in Archiv, Museum und Universität sei herzlich für Gespräche insbesondere zu Problemen der saarländischen Geschichte gedankt, namentlich Gerd Ames (Saarbrücken), Hans-Christian Herrmann (Saarbrücken), Joachim Kemper (Speyer), Michael Kißener (Mainz), Volker Rödel (Karlsruhe) und Walter Rummel (Speyer). Für Hinweise auf Fehler, Irrtümer, abweichende Interpretationen und Übersehenes, auch anekdotisch-subjektives, ist der Autor gerade wegen der lebensweltlichen Verankerung des Themas und der sich durch die Pensionierung ergebenden Freiräume, sich stärker in diesen zeithistorischen Gefilden tummeln zu können, dankbar. Mainz, am 23. Oktober 2013 (felten@uni-mainz.de).

persönliche, mehr noch kollektive, die meist schon zu Geschichtsbildern geronnen oder sogar davon abgeleitet sind. Da keiner unter uns die Zeiten, in denen diese Geschichtsbilder im Positiven wie im Negativen geprägt wurden, selbst erlebt haben dürfte, jedenfalls was Preußen und Bayern angeht, verschwimmen die Grenzen zwischen Erzählungen von selbst Erlebtem bzw. in der Familie Tradiertem und Gelesenem oder irgendwo Aufgeschnapptem. Erzählgut, Ahnen und Wissen fließen ein in ein kollektives Gedächtnis, das historischen Ereignissen im Nachhinein Sinn und Bedeutung verleiht, selbst wenn sie lange zurück liegen. Bei „Frankreich am Rhein“ ist es nicht nur die Erinnerung an die Besatzungszeit nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern auch an die nach 1918, ja an so entfernte Ereignisse wie den Pfälzischen Erbfolgekrieg – aber auch an die Mainzer Republik und die Zeit des napoleonischen Kaiserreichs. Franz Xaver von Zwack(h), der erste Regierungspräsident des nach dem Wiener Kongress geschaffenen bayerischen Rheinkreises, ist seit 1843 tot, und dennoch soll die spöttische Bezeichnung „Zwockel“ in der Pfalz für die einst dort tätigen bayerischen Beamten (oder auch für heutige Bayern) auf seinen Namen zurückgehen. (Alte Mainzer meinten mit dem gleichen Wort Österreicher, angeblich abzuleiten von einem an der Kopfbedeckung der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Bundesfestung Mainz stationierten österreichischen Truppen getragenes „Zwoagl“.)

Das Wissen, von 1815 bis 1945 zu Preußen gehört zu haben, ist in der ehemaligen Rheinprovinz noch weithin lebendig, und das Gefühl, „Beute-“ oder „Muss-Preußen“ gewesen zu sein, überdauerte vielfach den Untergang des Staates. Wissen und Gefühl dürften allmählich verblassen, wie auch der Ausdruck „bei den Preußen sein“ nicht mehr Synonym für Militärdienst ist, wie noch in den 1950er und 1960er Jahren – und zwar bei der zehn Jahre nach dem Untergang Preußens aufgebauten Bundeswehr. Kartoffeln seien eher für die Mägen von Preußen und Schweinen gedacht, meinten alte Bauern noch in meiner Kindheit, und dass ausgerechnet der im Dorf wohnende Polizist (noch immer „Gendarm“ oder gar „Landjäger“ genannt) und der Förster „Preußen“ waren – und zugleich die einzigen Evangelischen unter mehr als 1.200 katholischen Einwohnern –, „passt“ zu der Vorstellung, dass die preußische Regierung bewusst Ostelbier, gerne Pommern, als Repräsentanten der Macht in den Westen schickte (wohl nicht nur, weil nicht genügend katholische Beamte zur Verfügung standen), und zu dem, was man über die wechselseitig empfundene Fremdheit und Abneigung lesen kann (Zitate in: Frankreich am Rhein 18ff.). Generationen gut preußischer Volksschulerziehung, mit Lesebüchern, in denen der Alte Derfflinger und Zieten aus dem Busch auch an Rhein, Mosel und Saar gefeiert wurden, hatten Distanzgefühle, die schon zu Beginn der

Preußenzeit formuliert wurden, hatten die Zeiten des Kaiserreichs, als auch viele „Beutepreußen“ begeisterte Staatsdiener und Offiziere selbst in elitären preußischen Regimentern wurden, überlebt. Sie spielten in den 1920er Jahren nicht zuletzt eine politische Rolle, etwa bei den unterschiedlichen Überlegungen, die Rheinlande zu verselbständigen, bis hin zu den verschiedenen Spielarten des Separatismus. Ja, sie wurden auch nach 1945 noch in der Alltagswelt ganz unbewusst und scheinbar zweckfrei vermittelt – vor allem aber auch, wie schon nach 1918, im Rheinland von Politikern verschiedener Strömungen zielgerichtet eingesetzt.

War bewusste Distanzierung von Preußen, ja Preußenfeindlichkeit nach dem Ersten Weltkrieg Wurzelgrund für unterschiedliche separatistische Bewegungen, so wurde sie nach 1945 benutzt, um die Rheinländer vom Nationalsozialismus abzugrenzen, ja freizusprechen und ihnen einen Platz in der Reihe der westeuropäischen Völker zu sichern. Das zeigte Michael Kissener exemplarisch an einer Rede Peter Altmeiers, des späteren langjährigen Ministerpräsidenten unseres Landes, die dieser 1946 zum Auftakt der Beratenden Landesversammlung in Koblenz zur Ausarbeitung einer Verfassung hielt. Im Ausgreifen Preußens bis über den Rhein sah Altmeier einen wesentlichen Teil einer politischen Fehlentwicklung, die es nach der Katastrophe des Nationalsozialismus zu korrigieren gelte, indem der politische Schwerpunkt an den Rhein verlagert werde, „*wo der nationalsozialistische und zentralistische Machtstaatsgedanke niemals Wurzeln schlagen konnte*“. „Hitler und seine ‘Alte Garde’“ erklärte er zu legitimen Nachfolgern der „*Kräfte Ostelbiens*“, denen er die „*Menschen von Rhein und Pfalz, die niemals das abendländische Geisteserbe und die traditionelle Verbindung mit den Völkern Westeuropas verleugnet haben*“, entgegenstellte (hier zit. nach Kißener in diesem Band; vgl. ders. 2006, 20 und 2013, 113). Obwohl er gelegentlich auch an die preußische Rheinprovinz erinnerte, lehnte er hier alle preußischen Tendenzen ab, befürwortete einen Bruch mit der preußischen Geschichte am Rhein; statt dessen griff er weit zurück ins Mittelalter, zu dem zu einem „Rheinländer“ gemachten Karl dem Großen (†814) und seinem übernationalen, christlichen Reich – ein gedanklicher Fluchtpunkt zur Begründung eines christlichen Europa, in dem damals viele eine Chance sahen, alte Gräben und Konflikte zwischen den europäischen Völkern zu überwinden. (Der Begründer der Pan-europa Union, Graf Coudenhove -Calergi, rief 1949 bei einer Rede zur Verleihung des Karlspreises in Aachen dazu auf, den Vertrag von Verdun, der 843 das Karlsreich zerrissen habe, rückgängig zu machen und ein Europa von der Ostsee bis zum Kongo zu begründen; [http://www.karlspreis.de/preistraeger/1950/rede\\_von\\_richard\\_nikolaus\\_graf\\_coudehove\\_kalergi.html](http://www.karlspreis.de/preistraeger/1950/rede_von_richard_nikolaus_graf_coudehove_kalergi.html)).

In ganz ähnlicher Weise konnte, wie Kißener zeigt, das neue, durch Beschluss der französischen Besatzungsmacht am Schreibtisch aus Teilen dreier Staaten zusammengesetzte Bundesland Rheinland-Pfalz legitimiert werden, wie z.B. in einer Denkschrift der Landesregierung von 1954, die der staatlichen Gliederung des Raumes von 1815 bis 1945 die innere Legitimation absprach: Mit der Zuordnung rheinischer Gebiete an Preußen und Bayern sei die Bevölkerung in eine Randlage hinein gedrängt worden, mit der „*erhebliche wirtschaftliche Nachteile und ein bedeutender Verlust an politischer und kultureller Substanz verbunden*“ gewesen sei. Demgegenüber stelle die Vereinigung der „*deutschen Kernlande*“ Rheinland und Pfalz in einem neuen Land einen „*Akt historischer Kontinuität*“ dar (zit. bei Kißener, in diesem Band; vgl. auch Rödel 2013, 283f.). – Am Rande: Noch ein 2006 in vierter Auflage von der Mainzer Staatskanzlei herausgegebener prächtiger Bildband trägt den Titel „*Rheinland-Pfalz deutsches Kernland*“.

Die politische Argumentation aus der Gründungszeit des Landes ist bis heute ständig präsent: „*Aus genau diesem Grund*“, so schließt Kißeners Beitrag, „*knüpft unser Landeswappen mit Kreuz, Rad und Löwe ganz bewusst nicht an Preußen und Bayern an, sondern an die viel älteren Traditionen und Raumordnungen, in die die Gründerväter das neue Land stellen wollten – wenn man so will, also ein noch heute sichtbares, indirektes Relikt der ‘Hasslieben am Rhein’*“. Und so verweist auch der Landtagspräsident, wiewohl der preußischen Tradition nicht ganz abgeneigt, in seinem Vorwort zu „*Kreuz, Rad, Löwe. Rheinland-Pfalz. Ein Land und seine Geschichte*“ (2012), der großen, von Landtag und Staatskanzlei finanzierten Geschichte des Landes mit dem Titel auf die (seit 1954 dort aufgestellte) schwarz-rot-goldene Hambacher Fahne und das Landeswappen an der Stirnseite des Plenarsaales hin, die „*nicht nur die Hoheit des Staates, sondern zugleich auch die historischen Wurzeln unseres Landes*“ symbolisierten – von der mehr als hundertjährigen Zugehörigkeit zu Preußen und Bayern als Teil des „*reichen historischen Erbes*“ ist bewusst nicht die Rede. Der Ministerpräsident hingegen (ein bekennender Pfälzer) geht in seinem Vorwort gerade von den Erscheinungen aus, die in seiner Heimat bis heute an die bayerische Zeit erinnern, von den kirchlichen Zugehörigkeiten bis zu den Feuerversicherungen, betont aber auch, dass das Landeswappen bewusst auf den preußischen Adler, die Löwen von Hessen und Nassau und die bayerischen Rauten verzichtet habe, um deutlich zu machen: „*Das ‚Land aus der Retorte‘ hat weit in die Geschichte zurückreichende Wurzeln.*“ Die für den Band verantwortlichen Historiker, darunter auch der Verfasser dieser Zeilen, unterstreichen ihrerseits, dass Landtag und Landesregierung damit „*einen klaren geschichtspolitischen Akzent*“

setzen, das „*neue, aus so heterogenen Teilen zusammengesetzte Land in eine lange zurückreichende Tradition einbinden und damit ein politisches Programm verknüpfen*“ wollten – das sich, wie Kißener mehrfach zeigte, in das abendländisch-westeuropäische Konzept der entstehenden Bundesrepublik einfügte, und mit den das große Landeswappen bekrönenden Weinblättern als „Volkskrone“ ist auch ein demokratischer Akzent gesetzt. Gehört zum politischen Programm auch der Verzicht auf das Kreuz von Kurköln, das ja vor 1789 durchaus auch im Lande präsent war, um nicht zu stark an die „nordrheinischen“ Bezüge zu erinnern?

Eine bewusste politische Gestaltung des Hoheitszeichens mit Selektion der eigenen Geschichte ist kein Einzelfall. Nordrhein-Westfalen etwa, das teilweise viel ältere preußische Traditionen hatte, verzichtet in dem erst 1953 amtlich eingeführten Landeswappen ebenfalls auf jede Erinnerung an Preußen zugunsten der Symbole der alten Provinzen Rheinland, Westfalen und Lippe; dabei entfällt der Preußenadler im Wappen der Rheinprovinz, wo er schon in der Weimarer Zeit „reduziert“ war im Vergleich mit dem Wappen des 19. Jahrhunderts. Der Landschaftsverband Rheinland, seit 1953 Rechtsnachfolger der alten Rheinprovinz, hingegen führt deren Wappen von 1926 in nahezu unveränderter Form. 2009 war Preußen auch in Nordrhein-Westfalen wieder eine Tradition, an die man sich positiv erinnern wollte: *„Bei dem Wort ‚Preußen‘ denken viele Menschen vor allem an Pickelhauben und militärischen Drill. Doch man sollte den Blick auch auf Kirchen und Kanäle, auf Fabriken und Fußballvereine, auf Parks, Gärten und sogar auf Narrenkappen richten. In NRW hat die preußische Herrschaft so viele und so allgegenwärtige Spuren hinterlassen, dass sie uns oft kaum noch bewusst sind. 2009 aber gibt es Gelegenheit, die Wahrnehmung für die Zeit ‚als Nordrhein-Westfalen noch preußisch war‘ auf erlebnisreiche Weise zu schärfen – beim Besuch der gleichnamigen Ausstellung an den beiden Standorten des NRW-Preußen-Museums Wesel und Minden.“* (<http://www.nrw-stiftung.de/projekte/projekt.php?pid=541>; vgl. Sensen u.a. 2008).

Dem rheinland-pfälzischen Beispiel der Wappengestaltung folgte das Saarland bei seinem Beitritt zur Bundesrepublik 1957. Bis zur Abtrennung vom Reich nach dem Ersten Weltkrieg, unter einer dem Völkerbund unterstehenden Regierungskommission, hatte das Saargebiet mehr als 100 Jahre zu etwa einem Viertel zur bayerischen Pfalz und zu etwa drei Vierteln zur preußischen Rheinprovinz gehört – doch davon findet sich im Wappen des neuen Bundeslandes keine Spur. 1957 verwarf man nicht nur das Wappen der Jahre 1947–1956, das in seinen Farben die französische Trikolore zitierte, und das Wappen des Saargebietes von 1919–1935, das Elemente von Städtewappen kombinierte. Wie in Rheinland-Pfalz über-

sprang man auch die mehr als 100 Jahre währende preußische und bayerische Zeit und verwies auf die (vier) wichtigsten Territorien aus der Zeit vor 1789: Der silberne Löwe von Nassau-Saarbrücken und die roten gestümmelten Adler der Herzöge von Lothringen begleiten also das rote Kreuz des Kurfürstentums Trier und den goldenen Löwen der Herzöge von Zweibrücken, der sich ja als „Pfälzer Löwe“ mit dem Trierer Kreuz neben dem Mainzer Rad auch im rheinland-pfälzischen Wappen findet.

Einen differenzierten Umgang mit der politischen Vorgeschichte kann man auch anderwärts beobachten: Das 1991 für das neue Bundesland Sachsen-Anhalt eingeführte Landeswappen hingegen kombiniert die Wappen der 1816 eingerichteten preußischen Provinz Sachsen (mit Adler) und des Freistaates Anhalt von 1924; 1948 hatte man aus einsichtigen Gründen auch in Sachsen-Anhalt auf den preußischen Adler verzichtet und ihn durch Ähren, Hammer und Schlegel ersetzt. In Thüringen fügte man 1991 den sieben Sternen, die im Landeswappen des alten Freistaats für die vor 1918 existierenden thüringischen Staaten standen, einen achten Stern für die ehemals preußischen Gebiete hinzu. Auch Baden-Württemberg greift in dem erst 1954 beschlossenen Wappen mit den drei staufischen Löwen im Hauptfeld auf die schwäbischen Herzöge des Mittelalters zurück. (Die Löwen hatten aber auch schon das Wappen des Königreichs Württemberg im 19. Jahrhundert bestimmt.) In einer Krone über dem Wappenschild erinnert das große Staatswappen mit fünf kleinen Schilden an die bis zum Ende des alten Reiches existierenden bedeutenderen früheren Territorien auf seinem Gebiet, darunter auch die bis zum Ende Preußens existierenden Hohenzollernschen Lande, aber unter Verzicht auf den Preußen-Adler, mit Rückgriff auf die schwarz-weiße Viertelung in den Wappen der 1950 in Preußen aufgegangenen Fürstentümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen.

Trotz des symbolischen Bruchs der rheinland-pfälzischen Landesväter mit der bayerischen und preußischen Vergangenheit wirken, so die Herausgeber in ihrem Vorwort zur neuen Landesgeschichte (Kreuz, Rad, Löwe), „*nicht zuletzt in der landesgeschichtlichen Forschung das regionale Selbstbewusstsein der Pfälzer, die fortdauernde Erinnerung an die über anderthalb Jahrhunderte bestehende Zugehörigkeit der nördlichen Landesteile zur ehemaligen preußischen Rheinprovinz, aber auch die Bindungen zu Hessen fort.*“ Zu verweisen wäre etwa (weitere Beispiele bei Rödel 2013, 292) auf Historische Kommissionen, Institute und landesgeschichtliche Zeitschriften, die sich für Rheinhessen, die südliche Rheinprovinz und die Pfalz noch zuständig fühlen. Das (inzwischen in eine Abteilung des Historischen Seminars der Universität Bonn umgewandelte) Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande hat mit seiner



Zeitschrift, Rheinische Vierteljahrsblätter, wie mit der dort initiierten, unvollendet gebliebenen großen Rheinischen Geschichte der 1970er Jahre (Petri/Droege) den Raum bis zur Nahe und Saar ebenso im Blick wie der vorzügliche, 2008 abgeschlossene Geschichtliche Atlas der Rheinlande (Irsigler), der von der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde in Köln herausgegeben wurde. Das noch im Erscheinen begriffene Nordrheinische Klosterbuch hingegen macht an der modernen Landesgrenze halt, entsprechend der Zuständigkeit des Geldgebers, des Landschaftsverbandes Rheinland, der 1953 dem seit 1887 existierenden, auf die gesamte Rheinprovinz bezogenen Provinzialverband Rheinland folgte. Das seit 2010 online stehende Geschichtsportale des Landschaftsverbandes wiederum definiert als seinen „Bezugsraum ... bis 1945 die Rheinprovinz, nach 1945 das Einzugsgebiet des LVR, [den] Landesteil Nordrhein der Landes NRW“ (<http://www.rheinische-landeskunde.lvr.de/geschichte/portal/>), was in der Praxis nicht streng eingehalten wird.

Für den südlichen Teil der Rheinprovinz findet sich kein Verband als Nachfolgeinstitution, während in der Pfalz ein Bezirksverband als Kommunalverband höherer Ordnung mit einem gewählten Bezirkstag vergleichbare Aufgaben wahrnimmt, z.B. als Träger eines Instituts für pfälzische Geschichte und Volkskunde in Kaiserslautern sowie weiterer kultureller und sozialer Einrichtungen. Hier spiegelt sich eine beträchtliche, bis in die Zeit Napoleons zurückreichende historische Kontinuität wider, auch wenn der *conseil général* von 1800 „keine Institution der Selbstverwaltung, sondern ein Hilfsorgan des Fiskus“ war (Fenske). Seine Tradition setzte in der bayerischen Zeit der „Landrat“ fort, ebenfalls ein vom Herrscher berufenes Beratungsgremium. Erst in der Weimarer Zeit wurde der „Kreistag“ gewählt. Nach 1933 wurde auch er gleichgeschaltet, in Größe und Kompetenzen beschnitten. Zum 1. Januar 1939 wurden die bayerischen „Kreise“ in „Regierungsbezirke“ umbenannt, der Kommunalverband in „Bezirksverband“; die Mitglieder des „Bezirkstages“ wurden vom bayerischen Innenminister ernannt, ein Indiz dafür, dass München trotz aller Bemühungen, die Pfalz von Bayern zu lösen (dazu unten mehr), die staatsrechtliche Bindung behauptete. Bei der Gründung des Landes Rheinland-Pfalz sagte General Koenig die Wahrung regionaler Interessen zu, mit ausdrücklichem Bezug auf die Pfalz: „*Tout en respectant dans le Palatinat par exemple, des traditions et aspirations locales*“ (Abbildung der schmucklosen „Geburtsurkunde des Landes“ in Kreuz, Rad, Löwe 127). Ob er dabei an die bayerische Tradition dachte – oder vielleicht nicht doch an die Chancen einer Anknüpfung an pfälzische Selbstständigkeitsbestrebungen (bis hin zum Separatismus) in den 1920er Jahren? (Zu den Befürchtungen nach 1945 Rödel 2013, 293f.) Die Verfassung des Landes von

1947 jedenfalls sah für die einzelnen Landesteile eine gesetzlich geregelte Selbstverwaltung vor. Doch nur in der Pfalz wurden die Möglichkeiten der 1949 vom Landtag beschlossenen Bezirksordnung, die sich an der bayerischen Kreisordnung von 1927 orientierte, Gebrauch gemacht und für die Gründung des Bezirksverbandes genutzt, während die ehemals preußischen Regierungsbezirke und Rheinhessen, wo die Provinziallandtage 1933 bzw. 1936 aufgelöst worden waren, darauf verzichteten.

Kann man darin nicht nur einen Ausdruck des historisch begründeten pfälzischen Sonderbewusstseins, sondern, wie in anderen Erscheinungen, auch eine lebendige Erinnerung an die bayerische Vergangenheit sehen? Das wiedererstandene Bayern jedenfalls bemühte sich nach 1945, „den unter französischer Besatzung stehenden ehemaligen 8. bayerischen Regierungsbezirk – die Pfalz – wieder in den Freistaat zu integrieren“ – so die aktuelle Homepage des 1950 zu diesem Zweck von bayerischen Landtagsabgeordneten und Regierungsmitgliedern gegründeten Bundes der Pfalzfreunde in Bayern. „Traditionell ist der Präsident des Bayerischen Landtags der 1. Vorsitzende des Bundes“ (wie alle einschlägigen Zitate, auch im folgenden, auf den Internetseiten, die unter der Dachadresse <http://www.bayernpfalz.de/Netzcrafterwerk/index.php> zu finden sind). Schon seit 1949 verfolgte der Landesverband der Pfälzer in Bayern e.V. „als Mitglieder-Vereinigung und als Dachorganisation der in Bayern bestehenden Pfälzer-Vereine“ das „oberste Ziel, die Pfalz, die durch die Schaffung des Landes Rheinland-Pfalz von Bayern abgetrennt worden war, wieder zum Freistaat zurück zu holen.“ Das entsprach der offiziellen Politik, hatte doch der bayerische Ministerpräsident am 30. Juli 1948 im Landtag erklärt, den Pfälzern stünden in Bayern alle Türen offen, und der Landtag konstituierte 1950 seinen Ältestenrat als „Pfalzausschuss“, der jährlich in die Pfalz reiste und für den Anschluss warb (Wagner 280). Die damals in den Ministerien zur Vorbereitung des Anschlusses eingerichteten Pfalzbeauftragten und Pfalzreferenten existieren offenbar immer noch, gehören jedenfalls nach der aktuellen Satzung des Bundes der Pfalzfreunde vom 21. März 2013 dem Beirat an: „...auch mit deren Einverständnis die Regierungspräsidenten ggf. vertreten durch die Pfalzreferenten bei den Regierungen und der Pfalzreferent der Staatskanzlei und der Pfalzbeauftragte des bayerischen Landtags“. Energisch hatte schon 1949 Ministerpräsident Altmeier in einer Regierungserklärung vor dem Landtag gegen diese bayerische „Annexions-Propaganda“ protestiert; zwar würden „all diese Maßnahmen (er nannte im einzelnen Pfalzreferenten, Pfalzausschuss, Besuche, Reden und Veranstaltungen in der Pfalz, intensive Werbemaßnahmen) als nicht offiziell bezeichnet werden“, doch lasse „sich dabei die amtliche Initiative und Mitwirkung der bayerischen Regie-



*rung nicht bestreiten*“ (zit. nach Wagner 281). Hessen und Baden verfolgten ihre Wünsche nach Angliederung von Teilen des neuen Landes, auf das sie historische Ansprüche zu haben glaubten, vorsichtiger, obwohl auch sie im Lande auf Sympathisanten zählen konnten.

In der Pfalz selbst gründeten prominente Politiker aus allen Parteien den Verein „Kurpfalz“, der sich für eine Wiedervereinigung der seit 1815 getrennten Kurpfalz und damit indirekt für den Anschluss an den absehbaren Südweststaat einsetzte. Die pfälzischen Bayernfreunde konterten mit dem Bund „Bayern und Pfalz“, der unter dem Vorsitz eines CDU-Bundestagsabgeordneten schon ein Jahr nach der Gründung 700 Mitglieder zählte (Wagner 284). Diese Konkurrenz mag dazu beigetragen haben, dass keine der beiden Initiativen 1956 das notwendige Quorum von 10% der Stimmberechtigten erreichte – obwohl angeblich die Pfälzer nach 1948 *„ganz zweifellos mehrheitlich eine süddeutsche Ausrichtung der Pfalz“* gewollt haben sollen (Küppers, zit. bei Wagner 284f.).

Der Verein Kurpfalz wie die Organisationen der Pfälzer und ihrer Freunde in Bayern akzeptierten die Niederlage und definierten sich neu: *„Da eine Länderneugliederung trotz mehrerer Anläufe nicht möglich war, hat sich der Verein in stärkerem Maße darauf konzentriert, die kulturelle Identität des geschichtlichen Raums der ehemaligen Kurpfalz über die Ländergrenzen hinweg zu erhalten und die politische Zerteilung zu mildern“* (<http://www.kurpfalz-bibliothek.de/verein.htm>). Deutlicher nimmt die aktuelle Internetseite des Bundes der Pfalzfreunde in Bayern „die Schuldigen“ ins Visier: *„Im Volksbegehren von 1956 zeigten sie Pfälzer (sic!) zu wenig Interesse an einer Rückkehr zu Bayern. Seither pflegt der Bund die historisch gewachsenen Beziehungen zur Pfalz“* ([http://www.bayernpfalz.de/Netzcraftwerk/index.php?id\\_seite=1155117204](http://www.bayernpfalz.de/Netzcraftwerk/index.php?id_seite=1155117204)). Zu diesem Zweck verleiht er *„an Persönlichkeiten, die sich um die Pflege dieser Beziehungen besonders verdient gemacht haben, die Hofenfels-Medaille (2010 z.B. an Bernhard Vogel) und fördert junge, begabte Pfälzer Künstler/innen mit dem Mannlich-Kunstpreis. 2013 wurde der Kurfürst-Karl-Theodor-Preis ausgelobt für herausragende, wissenschaftliche Abschlussarbeiten zum Thema Bayern und Pfalz.“* Der Landesverband der Pfälzer in Bayern e.V. versteht sich heute als *„kulturelle(s) Bindeglied zwischen Pfälzern rechts und links des Rheins“*, gibt eine Zeitschrift „Die Pfalz“ heraus und unterhält enge freundschaftliche Beziehungen zur Pfälzer Weinbruderschaft, Komturei München. Vor allem dotierte er 1974 aus den Erträgen der 1950 zur Mitfinanzierung des Kampfs um die Rückkehr der Pfalz gegründeten Pfälzer Weinstube in der Münchener Residenz eine „Bayern-Pfalz-Stiftung“, die einschlägige kulturelle Projekte und Forschungen fördert, sowie begabte junge Pfälzer (auch aus den ehemaligen

pfälzischen Teilen des Saarlandes) unterstützt, die in Bayern ihre Ausbildung machen. Sie wirbt im Internet: *„Bitte unterstützen Sie die Ausbildung unserer jungen Pfälzer/innen in Bayern!“* Noch in den 50er Jahren gingen traditionsbewusste Abiturienten aus der Pfalz (inkl. „Saarpfalz“) gerne nach München zum Studium (oder ins kurpfälzische Heidelberg, aber nicht nach Mainz oder Saarbrücken) und machten auch in Bayern Karriere. 2009 feierten beide Verbände in Zusammenarbeit mit dem Hauptstaatsarchiv München den 60. Geburtstag des Landesverbandes mit einer großen Ausstellung „Goldener Löwe und weißblaue Rauten“.

Institutionelle Bindungen zwischen Bayern und der Pfalz existieren bis heute: Der Bischof von Speyer ist Mitglied der bayerischen Bischofskonferenz, sein Bistumsarchiv ist das einzige Archiv außerhalb Bayerns, das im Handbuch der bayerischen Archive aufgeführt wird. Städtepartnerschaften, die in den Zwanziger Jahren die Verbindung zur besetzten Pfalz halten sollten, lebten weiter. Für die von König Maximilian II. begründete Studienstiftung für hochbegabte bayerische Studenten (Maximilianeum) – seit 1980 nach einer Zustiftung des Herzogs Albrecht auch: Studentinnen – können auch Gymnasien und Fachoberschulen der „linksrheinischen Pfalz“ bis heute Schülerinnen und Schüler mit exzellenten Leistungen (1.0 Abitur) vorschlagen, die seit längerem in der Pfalz wohnen („bayerisches Indigenat“) sowie ein *„christliches Glaubensbekenntnis und tadellose sittliche Führung“* aufweisen ([http://maximilianeum.mhn.de/stiftung/frameset\\_stiftung.php](http://maximilianeum.mhn.de/stiftung/frameset_stiftung.php)).

Der Norden von Rheinland-Pfalz kann auf solche Fürsorge aus dem alten Mutterland begrifflicher Weise nicht zählen. Preußen war mit seinem Untergang bzw. seiner Auflösung 1947 als Basis für Ansprüche auf den Norden von Rheinland-Pfalz ausgeschieden, doch hatte man in der nördlichen Rheinprovinz den Süden nicht vergessen. Nordrhein-Westfalen, in Person des Ministerpräsidenten Arnold und, noch 1951, des Finanzministers Weitz, forderten den Anschluss der Regierungsbezirke Koblenz und Trier – und fanden Widerhall im Lande, auch bei Politikern der CDU und in der Bevölkerung. Wenn man einem Lagebericht des Landrats von Simmern glauben darf, hätte man es nach der Gründung des Landes *„in der Bevölkerung lieber gesehen, mit der nördlichen Rheinprovinz zusammen einen gemeinschaftlichen Staat zu bilden, weil wirtschaftliche und kulturelle Interessen sowie die gemeinschaftliche geschichtliche Vergangenheit Bindungen geschaffen haben, die zurzeit weder mit den hessischen noch mit den pfälzischen Gebieten bestehen“* (zit. bei Wagner 283 und Rödel 2013, 294). Der Landrat gab dem neuen Land offenbar eine Chance („zurzeit“), während der Trierer Regierungspräsident im Oktober 1946 auf das Aufgehen in einem größeren Lande hoffte (*„vielleicht der*

*erste Schritt zur Bildung eines größeren Landes*“), wie auch der erste Landtagspräsident 1947 in seiner Antrittsrede (ebd. 283, 287). Die Debatte verschärfte sich, als die Ministerpräsidenten von den Westalliierten nicht nur den Auftrag erhielten, eine Verfassung für die zu gründende Bundesrepublik zu erarbeiten, sondern auch eine Neugliederung der Länder vorzubereiten (Kißener 2006, 95ff.). Im Sommer 1948 beschloss der SPD-Landesausschuss, Rheinhessen, Hessen Nassau und Koblenz-Trier sollten gemäß dem klaren Votum der Bevölkerung *„wieder in ihre historische Verbindung mit denjenigen Gebieten zurückgebracht werden, von denen sie durch Befehl der Besatzungsmächte getrennt wurden“*. Die Pfalz sollte zu dem geplanten Südweststaat gehören, in Rheinhessen forderte der Bezirksvorsitzende, die *„natürliche Verbindung“* zu Hessen schnell wiederherzustellen (Wagner 288f.). In den anderen Parteien gab es ähnliche Stimmen, auch in der CDU, wo Altmeier, der anfangs selbst die Lebensdauer des Landes skeptisch beurteilte und auf die Bindungen zur Rheinprovinz hinwies, sich seit 1947 als Ministerpräsident massiv für den Fortbestand seines Landes einsetzte (zum Ganzen Küppers 1986; Dorfey). Dabei nutzte er *„die Angst vor vermeintlichen französischen Abtrennungs- oder Autonomieabsichten in der Pfalz“* und gewann mit dieser Argumentation schon 1948 eine überwältigende Mehrheit im Landtag für den status quo, auch wenn das Land *„in seiner gegenwärtigen Form keine befriedigende Endlösung“* sei (Kißener 2006, 96; Rödel 2013, 283; vgl., auch zum Folgenden Küppers 1990).

Die reale Entwicklung erwies sich schnell als stärker als alle historisch oder wie auch immer motivierten Bestrebungen, sich dem neuen Land Nordrhein-Westfalen oder einem anderen Land anzuschließen, obwohl es noch 1951 in dem vom Bundestag eingesetzten Ausschuss zur Neugliederung der Bundesländer Stimmen aus dem Land dafür gab und die Bemühungen auch später noch verfolgt wurden. Beim Volksbegehren 1956 erreichten die Befürworter einer Umgliederung im Norden 14.2% der Wahlberechtigten, deutlicher noch votierte man in Montabaur (25.3%) und Rheinhessen (20.2%) für den Anschluss an Hessen, während in der Pfalz die Befürworter einer Angliederung an Bayern nur 7.6% erreichten, die eines Anschlusses an Baden-Württemberg immerhin 9.3%, beide also das Quorum von 10% nicht erreichten. Die drei an sich fälligen Volksbefragungen wurden auf die lange Bank geschoben – bis zum 19. Januar 1975, als bei einer Beteiligung von 39.6% in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier eine klare Zweidrittelmehrheit für die Zugehörigkeit zu Rheinland-Pfalz stimmten, nur 33.2% (= 13.1% der Stimmberechtigten) für den Anschluss an Nordrhein-Westfalen. In Montabaur und Rheinhessen waren nur 14.3% bzw. 7.1% der Abstimmungsberechtigten für den

Anschluss an Hessen, so dass Ministerpräsident Helmut Kohl in einer Regierungserklärung 1975 befriedigt feststellen konnte, dass die Bürger zu ihrem Lande Rheinland-Pfalz stünden (Mathy, 142f.).

Altmeiers Eintreten für sein Land hatte auch eine nationalpolitische Dimension, denn er wies diesem die „*treuhänderische Wahrnehmung*“ der Interessen des schon vor der Entstehung von Rheinland-Pfalz und der Bundesrepublik von der übrigen französischen Besatzungszone abgetrennten Saarlandes in der Bundesrepublik zu (Wagner 291). Vielleicht hielt er auch, wie andere Parteifreunde, „*eine Rückkehr des Saarlandes nach Deutschland nur in Verbindung mit einem Anschluss an Rheinland-Pfalz für denkbar*“ (Wagner 291, 287) oder wünschenswert („*umstritten, aber wohl nicht ganz unwahrscheinlich*“; Kißener 2006, 107; starke Belege für die rheinland-pfälzischen Ansprüche bei Küppers 1994, 354f.). Im Vergleich zu dem Saargebiet von 1919–1935 war das Saarland 1946 im Norden erheblich vergrößert worden, wenn auch die Ausdehnung bis vor die Tore von Trier 1947 auf Einspruch der Alliierten teilweise (61 Gemeinden) rückgängig gemacht worden war – nicht ohne öffentlichen Protest in der Saarburger Gegend, wo man lieber zum Saarland gehören wollte (Foto: Wagner 24; auch [http://www.saar-nostalgie.de/Geografie\\_Landeskunde.htm](http://www.saar-nostalgie.de/Geografie_Landeskunde.htm) mit Begründung). Rheinland-Pfalz, das als einziges Bundesland an das Saarland grenzte, war nun die natürliche Basis für den legalen und illegalen „Kampf um die deutsche Saar“, in dem man beiderseits der streng bewachten Grenzen auf Erfahrungen, Personen und Strukturen aus den Jahren 1919–1935 zurückgreifen konnte.

Nach dem Vertrag von Versailles hatte man vor allem in Bayern, in geringerem Maße in Preußen und auf Reichsebene staatliche Strukturen geschaffen, um Hilfe in den besetzten Gebieten zu leisten, Nachrichten zu sammeln und Propaganda gegen die französische Politik an der Saar und in den besetzten linksrheinischen Gebieten zu machen (Jacoby 31ff.). Für die Pfalz waren dies etwa der Staatskommissar für die Pfalz, seit 1921 auch ein eigener Staatskommissar für die Saarpfalz, der sehr rührige bayerische Saarvertrauensmann, der Leiter der grenznahen Bezirksamtsaußenstelle Waldmohr, Richard Binder, der auch mit preußischen Saarvertrauensleuten eng zusammenarbeitete, und die 1919 in Mannheim gegründete „Zentralstelle für pfälzische Angelegenheiten“, seit 1923 in Heidelberg, die „*sogar Saboteure und politische Mörder unterstützte*“ (Kreuz, Rad, Löwe 96). Quasi staatlich war auch die heute noch existierende Pfälzische Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, 1925 gegründet im Zusammenwirken von Leitern pfälzischer Kultureinrichtungen und dem Münchener Ministerium „*zur Stärkung der nationalen Identität und anti-französischen Abwehrarbeit*“ durch „*Kulturpflege*“. Die von der Staatsre-

gierung auf Vorschlag des pfälzischen Regierungspräsidenten berufenen Mitglieder hatten, so der aus der Pfalz stammende Staatsminister Franz Matt in der Eröffnungsrede, „*Wache zu halten für deutsches Volkstum an Deutschlands neuer Grenze*“ (zit. Freund 2006, 179). Zugleich reagierte Bayern damit auf badische Konkurrenz, das 1924 gegründete Institut für pfälzische Landeskunde an der Universität Heidelberg (Freund 2006, 175f.).

Für die preußischen Rheinlande wirkten von Berlin aus preußische und Reichsministerien eng mit Institutionen in der Provinz zusammen. Das Reichsministerium für die besetzten Gebiete stand unter der Leitung des Oberpräsidenten der preußischen Rheinprovinz mit einem Generalkommissar als ständigem Vertreter. Auch in anderen Ministerien kümmerte man sich um die besetzten Gebiete und die Saar, insbesondere im preußischen Kultusministerium und im Innenministerium mit eigener „Saarabteilung“, in der 1933/34 mit Heinrich Schneider ein gebürtiger Saarbrücker wirkte, der auch im „Saarkampf“ nach 1945 eine wichtige Rolle spielen sollte. In bewegten Zeiten (separatistische Bestrebungen, Ruhrkampf) wurde diese „preußische Politik“ am Rhein durchaus begrüßt (Romeyk 121), zumal sie mit finanzieller Unterstützung („Westhilfe“) verbunden war. In Trier wurde ein Saarreferat in der Bezirksregierung eingerichtet; in Heidelberg, später in Kassel und Frankfurt, seit 1926 in Köln, wirkten hohe Beamte, oft in getarnten Beschäftigungsverhältnissen, als „Saarvertrauensmann“. Besonders der seit 1926 in Köln residierende, direkt dem preußischen Innenministerium unterstehende Dr. Waterman baute auf monatlichen Reisen ins Saargebiet ein Netz von Vertrauensleuten auf, für die er sogar staatliche Finanzmittel ohne Quittung abrechnen konnte (Jacoby 34f.). Sie wurden umso wichtiger, als die Reichszentrale für Heimatdienst, die offiziell im Auftrag der Reichsregierung „*der sachlichen Aufklärung über außenpolitische, wirtschaftspolitische, soziale und kulturelle Fragen, und zwar nicht im Geiste einzelner Parteien, sondern vom Standpunkte des Staatsganzen*“ dienen sollte, nach Protesten der Franzosen in den besetzten Gebieten nicht mehr tätig sein konnte (Jacoby 32f.).

Die staatlichen Bemühungen wurden flankiert von privaten Initiativen, die hier beispielhaft für die Saar skizziert seien – und zum Vergleich mit den angesprochenen pfälzisch-bayerischen Bemühungen nach 1945 einladen. Noch während der Verhandlungen um den Friedensvertrag in Versailles konstituierte sich im Januar/Februar 1919 in Berlin unter der Leitung des bekannten Stahlindustriellen Hermann Röchling ein „Ausschuss für den Saargebietsschutz“. Mit staatlichen Mitteln unterstützt, organisierte er Protestkundgebungen nahezu im ganzen Reich. In Stuttgart

entstand im Februar eine „Vereinigung gegen die Lostrennung unseres Saargebietes und der Rheinpfalz“, die mit der inzwischen in Berlin geschaffenen Geschäftsstelle „Saar-Verein“ 1920 ein förmliches Abkommen zur Aufteilung der Zuständigkeitsbereiche schloss (ed. Jacoby S. 203). Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ hatte den „Zweck, durch eine unabhängige Propaganda die Befreiung des Saargebietes aus der Fremdherrschaft zu fördern“. Formal unabhängig und privat finanziert, in Wirklichkeit aber wesentlich getragen von Reichs- und Landesministerien, koordinierte und unterstützte sie die in möglichst großer Zahl zu gründenden „Saarvereine“ und verstand sich als „Bindeglied zwischen dem deutschen Saarland und dem großen deutschen Vaterlande“. Unter der Leitung des aus dem Saargebiet ausgewiesenen Theodor Vogel, ehemals Redakteur des „Bergmannsfreundes“, der Betriebszeitung der nunmehr in französischer Hand befindlichen Saarbergwerke, gab sie den „Saar-Freund“ und andere Publikationen heraus, organisierte Vorträge und Rundfunksendungen, Saarausstellungen und große Saarkundgebungen (gerne an symbolischen Orten wie dem Deutschen Eck in Koblenz, wo 1934 200.000 Saarländer teilnahmen, oder am Niederwalddenkmal bei Rüdesheim). Sie förderte deutsche Vereine an der Saar und Reisen „ins Reich“, auch Ferienaufenthalte von Kindern, regte Dissertationen und andere wissenschaftliche Arbeiten an, unterstützte saarländische Studierende, bekämpfte vor allem aber die französische Politik und Propaganda an der Saar im In- und Ausland (Becker 2004).

Auch angesehene Wissenschaftler stellten sich von Anfang an bereitwillig in den Dienst der deutschen Propaganda gegen die französische Abtrennungspolitik. So stellte z.B. auf einer Protestversammlung in der Aula der Heidelberger Universität „gegen Frankreichs Anspruch auf Pfalz und Saarbecken“ am 1. März 1919 der Historiker Wilhelm Oncken die französischen Saarpläne in den historischen Kontext seines imperialistischen Ausgreifens seit Ludwig XIV., und kein geringerer als Max Weber warnte dort nach einer sachlichen Darlegung der wirtschaftlichen Folgen einer Abtrennung der Saar: „Gegen die politische Vergewaltigung deutscher Brüder im Osten oder Westen würde die Welt eine deutsche Irredentabewegung entstehen sehen, die in ihren revolutionären Mitteln sich von der italienischen, serbischen und irischen nur dadurch unterscheiden würde, daß der Wille von 70 Millionen dahinterstände und – ich vermute, und ich sage es offen, ich erwarte es“ (zit. Becker 2004, S. 84).

Preußen und Bayern kämpften um ihre Gebiete links des Rheins und nutzten jede Chance, die französische Besatzung zu diskreditieren. Dafür ein besonders anschauliches Beispiel: Seit Beginn der 1920er Jahre kämpften Hausbesitzer aus dem ehemals bayerischen Dörfchen Schnap-



pach, bei St. Ingbert, um Ausgleich der durch Grubensenkungen verursachten Schäden an ihren Häusern. Zwischen 1925 und 1931 führten 51 von ihnen Prozesse gegen die (französische) Bergwerksverwaltung – unterstützt mit Geld aus Bayern und dem Reich: Bayern stellte 11.000 Reichsmark zur Verfügung, von denen ihm 5.500 RM vom Reich erstattet wurden – aus dem Haushaltstitel: „Vollzug des Friedensvertrages“. Die Prozesse führten nur zu sehr begrenzten Erfolgen, die Entschädigungen deckten oft nicht einmal die Prozesskosten. Bayern und das Reich mussten letztlich auf eine Rückzahlung der Gelder verzichten, einmal wegen mangelnder Zahlungsfähigkeit, vor allem aber, weil der Vorsitzende des Hausbesitzervereins glaubhaft *„behauptete, man habe 1925 bei einer Besprechung mit dem bayrischen Regierungsrat Jolas [der neben dem Regierungsrat Binder von der Bezirksamtsaußenstelle Waldmohr eine führende Rolle in der bayrischen Saarpolitik spielte, Fe.] die ganze Sache ,als politische Angelegenheit betrachtet, die Geldbeträge wären als politische Gelder gezahlt worden‘ und seien ,ein Geschenk des bayerischen Staates‘ gewesen. ... Er selbst habe keinerlei Interesse an einem Prozess gehabt... Bei allen Besprechungen seien ,die Münchener Herren jedoch der Ansicht gewesen, daß man unbedingt klagen müsse‘, weswegen er sich hierzu bereit erklärt habe“* (Wettmann-Jungblut/Linsmayer 391). Bergschäden gab es vor 1920 wie nach 1935, aber hier bot sich die Gelegenheit, *„die französischen ‚Besitzer‘, die aus reiner Profitgier die deutsche Kulturlandschaft zerstörten, zu diskreditieren“* (ebd.).

Diese Zuspitzung entsprach der im Reich wie an der Saar vorherrschenden nationalen Emotion. „Deutsch ist die Saar“ lautet die erste Zeile des 1920 zur Melodie eines bekannten Bergmannsliedes gedichteten Saarlieses, das schnell ungeheuer populär wurde – auch nach 1945 wieder. So hieß die Parole vor der im Versailler Vertrag vorgesehenen Abstimmung 1935 auch „Heim ins Reich“, oder, noch gefühlvoller und daher im Abstimmungskampf 1955 wieder plakatiert: „Deutsche Mutter, heim zu Dir“. Am Ergebnis war 1935 (wie auch 1955) nicht zu zweifeln – trotz der verzweifelten Versuche der Gegner des Hitler-Regimes, die Abstimmung zu einem Votum gegen Hitler umzufunktionieren (Paul). Wie aber sollte nach der Abstimmung die Heimkehr ins Reich organisiert werden? Sollten die beiden bayerischen Oberämter und die preußischen Landkreise zu ihren Herkunftsländern zurückkehren, was man dort fest erwartete? Oder sollte an der Saar, im Vorgriff auf die seit den Zwanziger Jahren diskutierte Reichsreform, die v.a. das als zu groß empfundene Preußen zerlegen sollte, ein erster Schritt gemacht werden, indem das Saargebiet mit der Pfalz zu einem neuen „Reichsgau“ vereinigt wurde, worum sich vor allem der pfälzische Gauleiter Josef Bürckel mit aller Macht bemühte?